

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach



Stand: 30.06.2007

1. Ausgangssituation

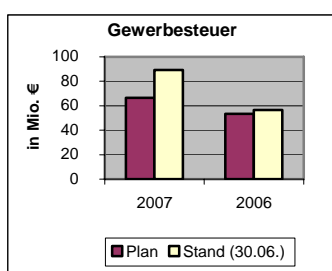
Die vom Gemeinderat am 21.12.2006 beschlossene Haushaltssatzung 2007 wurde am 12.02.2007 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 19.02.2007 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

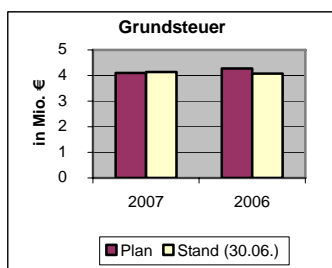
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Einnahmen

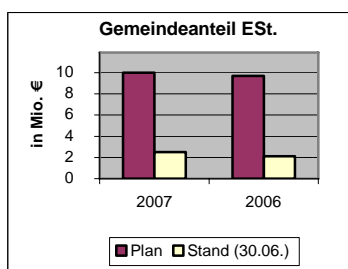


Auch im ersten Halbjahr 2007 übersteigen die Einnahmen bei der **Gewerbsteuer** trotz der im Jahr 2006 vorgenommenen Hebesatzreduzierung auf 330 v. H. den Haushaltsansatz bei weitem. Das Gewerbesteueraufkommen liegt zur Jahresmitte rund 22,82 Mio. € über dem Planansatz von 66,50 Mio. €. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von 19,76 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 69,56 Mio. €.

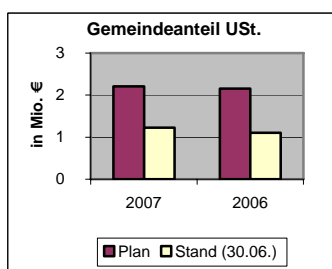


Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A und B** sind weitgehend planmäßig.

Die übrigen Steuereinnahmen (Hundsteuer) verlaufen ebenfalls weitgehend planmäßig. Lediglich bei der **Vergnügungssteuer** ist mit Mehreinnahmen zu rechnen, weil die Besteuerung bei manchen Spielgeräten rechtlich noch immer umstritten ist und der Planansatz daher bewusst vorsichtig angesetzt wurde.



Die Mai-Steuerschätzung hat eine Anhebung des **Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer** gebracht. Das Land geht nunmehr von einem Aufkommen von 3,85 Mrd. € aus. Bei der Haushaltsplanung 2007 hat die Stadt 3,30 Mrd. € zugrunde gelegt. Dies hat Mehreinnahmen von rund 1,68 Mio. € zur Folge.



Auch beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** ist mit Mehreinnahmen zu rechnen. Gleiches gilt beim **Familienleistungsausgleich** und bei den **Schlüsselzuweisungen**. Hier erwarten wir aufgrund der Anhebung der Investitionspauschale von geplanten 12 €/EW auf 25 €/EW um rund 313.000 € höhere Einnahmen. Die **Sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen plangemäß.

Die **Gebühren und Entgelte** liegen größtenteils im Plan. Lediglich bei den Passgebühren kann mit leichten Mehreinnahmen gerechnet werden. Diese werden allerdings durch Mehrausgaben für die Herstellung wieder kompensiert.

Die Mietgebäude der Stadt werden seit 01.01.2006 vom Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft verwaltet. Nachdem die Betriebskostenabrechnung für 2006 noch aussteht, ist nach Aussage des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft derzeit noch offen, ob bei den **Mieten und Pachten** die Planansätze erreicht werden können.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

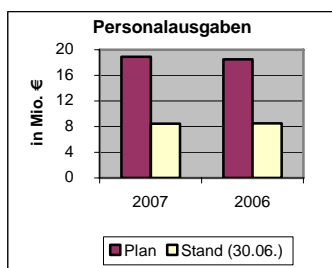
Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen nach den aktuellen Schülerzahlen. Da die Pro-Kopf-Beträge bei der Realschule, bei den Gymnasien und für die Pflugschule rückläufig sind, muss mit Wenigereinnahmen von rund 83.000 € gerechnet werden.

Bei den **Zinsen aus Geldanlagen** wird ein plangemäßes Ergebnis erwartet. Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen. Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen vor allem wegen Mehreinnahmen beim Strom rund 124.000 € über der Planung.

Bei den weiteren Finanzeinnahmen verlaufen die **Bußgelder** planmäßig. Gleichzeitig liegen die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer um 670.000 € über den Erwartungen.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zu Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

2.1.2 Ausgaben

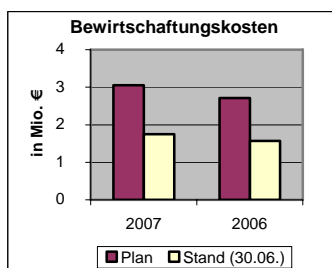


Bei den **Personalausgaben** geht das Hauptamt auf der Basis der Hochrechnung vom Mai davon aus, dass die Planung um rund 200.000 € unterschritten werden kann. Darin ist die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung vorgeschlagene Erhöhung des Personalschlüssels für Regelgruppen von 1,5 auf 1,8 Fachkräfte (Dr. Nr. 107/2007) ab dem Kindergartenjahr 2007/08 noch nicht berücksichtigt.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten. In den Planansätzen für 2007 sind nur die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigt. Für die Pensions- und Beihilferückstellungen liegen für das Jahr 2007 noch keine Hochrechnungen über die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen vor. Diese Zahlen können erst am Jahresende ermittelt werden.

Die Aufwendungen für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** verlaufen abgesehen von einer überplanmäßigen Ausgabe von 15.000 € für den Zeitmessturm im Stadion im Rahmen des internationalen Leichtathletikevents und

den Umbauarbeiten für die Einrichtung des neuen Amtes für Gebäudemanagement weitgehend planmäßig.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 54,31 % (Vorjahr: 58,07 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Amtes für Gebäudemanagement werden die Bewirtschaftungskosten im Rahmen der Planung liegen. Insbesondere bei den Heizkosten dürfte sich der warme Winter zu Jahresbeginn vorteilhaft auswirken, ebenso die zum 01. Mai beschlossene Senkung des Gaspreises.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 19,85 % (Vorjahr: 35,61 %) bewirtschaftet. Die höheren Ausgaben bei den Pässen werden durch Mehreinnahmen teilweise kompensiert. Nachdem die Abrechnung des Straßenentwässerungskostenanteils für 2006 noch nicht erfolgt ist, belastet die Schlusszahlung für 2006 das aktuelle Haushaltsjahr. Insoweit ist hier mit einer Überschreitung des Planansatzes zu rechnen.

Der vorsorglich eingestellte Haushaltsansatz für mögliche **Ausgabeaufschläge** beim Kauf von Wertpapieren wurde bisher noch nicht benötigt.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich für die **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von 5,05 Mio. € ab. Dagegen kann bei der **Kreisumlage** von einem plangemäßen Verlauf ausgegangen werden.

Bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land rechnen wir mit geringeren Ausgaben. Hier hat sich der Umlagesatz im Vergleich zur Planung von 28,04 % auf aktuell 27,32 % ermäßigt. Das bringt ein Einsparpotential von rund 324.000 €.

Im Verwaltungshaushalt wurden insgesamt 86.037 € (Vorjahr: 191.911 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Die haushaltmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jeden Einzelfall nachgewiesen.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

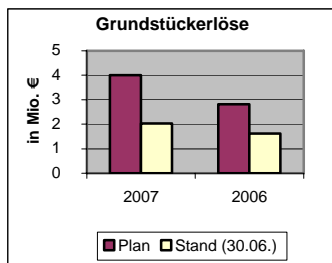
Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 63,61 % (Vorjahr: 67,53 %) und auf der Ausgabenseite zu 44,52 % (Vorjahr 44,81 %) bewirtschaftet. Aus dem Jahr 2006 konnten Mittel in Höhe von 339.146,42 € übertragen werden (Vorjahr: 147.120,58 €). Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt daher im Rahmen der Planung.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitgehend planmäßig.



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 50,39 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet. Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes wird der Planansatz zum Jahresende wohl nicht ganz erreicht werden können.

Bei den **Erschließungsbeiträgen** sind bereits 84,96 % des Planansatzes eingegangen (Vorjahr: 5,83 %). Auch die **Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen** deuten bei einem Bewirtschaftungsstand von 128 % auf Mehreinnahmen hin. Dagegen liegen die **Ablösebeiträge** für Kfz-Stellplätze im Moment bei 38 %.

Bei den **Zuschüssen** vom Bund bzw. Land für Schulbaumaßnahmen zeichnen sich derzeit keine Veränderungen ab. Erwartungsgemäß sind die eingeplanten Landeszuschüsse für den Klassentrakt beim Wieland-Gymnasium sowie für die Sanierung der Pflugschule noch nicht bewilligt. Hier zeichnet sich erst im 3. Quartal ab, ob noch dieses Jahr eine Bewilligung kommt oder ob die Maßnahmen teilweise vorfinanziert werden müssen. Hier stehen derzeit noch 5,40 Mio. € aus.

Beim Zuschuss des Landes für die Sanierung Östliche Innenstadt sind im ersten Halbjahr fast 399.000 € eingegangen; somit stehen hier noch 501.000 € aus. Auch hier besteht erst im 3. Quartal Klarheit.

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Beim **Grunderwerb** sind aktuell 18,67 % bewirtschaftet. Nach Aussage des Liegenschaftsamtes ist die Planung 2007 so bemessen, dass die erforderlichen Grundstückskäufe getätigt werden können.

Für die geplante **Eigenkapitalerhöhung** bei den Stadtwerken wurden bisher 1,27 Mio. € (Hallenbad und ÖPNV) ausgegeben. Die endgültige Höhe der Eigenkapitalerhöhung ist abhängig von der finanziellen Entwicklung der Stadtwerke einerseits und der Baukosten für die geplanten Vorhaben andererseits.

Bei den **Baumaßnahmen** wurde für die Sanierung der Altablagerung Lehmgrube vom Gemeinderat am 21.05.2007 eine neue Gesamtkostendarstellung gebilligt (Dr. Nr. 84/2007). Hier wird mit Mehrkosten von insgesamt 1,25 Mio. € gerechnet. Für das Jahr 2007 sind die Planansätze jedoch ausreichend bemessen.

Für den Umbau des Verwaltungs- und des nordwestlichen Pavillons am Wieland-Gymnasium wurde eine überplanmäßige Ausgabe von 139.100 € bewilligt (Dr. Nr. 85/2007).

Für die Anlage von Stellplätzen im Baugebiet Rißegg-Steige wurden 38.000 € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 66/2007). Mit dem Verkauf der Stellplätze fließen die Einnahmen zeitversetzt wieder an die Stadt zurück. Zur Deckung der Mehrausgaben beim Kreisverkehr Rollinstraße mit Belagsanierung wurden Mittel in Höhe von 100.000 € von der Erneuerung der Probststraße umgeschichtet.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt bisher 364.743 € (Vorjahr: 121.615 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 139.100 € auf die oben beschriebenen Umbaumaßnahmen am Wieland-Gymnasium und 100.000 € auf den Kreisel an der Rollinstraße. Die haushaltsmäßigen Deckungen waren jeweils nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen angelegt werden.

4. Zusammenfassung, Ergebnis

Die anhaltend positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer in Biberach führt dazu, dass die Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen kompensiert werden können und darüber hinaus noch eine Erhöhung der geplanten Zuführungsrate möglich erscheint. Die gute konjunkturelle Entwicklung trägt ein Übriges hierzu bei. So sind erstmals wieder deutlichere Zuwächse beim Einkommen- und Umsatzsteueranteil zu erwarten.

Im Vermögenshaushalt gehen wir davon aus, dass mögliche Zuschussausfälle durch geringere Bauausgaben und über die höhere Zuführung ausgeglichen werden können. Im Übrigen hoffen wir, nachdem keine negativen Tendenzen erkennbar sind, auf einen weitgehend planmäßigen Verlauf, so dass auch eine überplanmäßige Zuführung zur Rücklage derzeit möglich erscheint.

Insgesamt bleibt es damit bei der positiven Einschätzung der Haushaltslage für das Jahr 2007.

5. Änderungen für die mittelfristige Finanzplanung

Von den Ämtern wurden uns, abgesehen von den bereits dargestellten Maßnahmen, bislang keine wesentlichen Änderungen zur mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt.

Die seit Jahresbeginn wirksame Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % hat zu einer nachhaltigen zusätzlichen Belastung geführt. Dies gilt für den investiven Bereich ebenso wie für den laufenden Betrieb.

Der zum 31.12.2007 auslaufende Stromlieferungsvertrag wurde von der e.wa riss GmbH & Co. KG fristgerecht gekündigt. Im Rahmen der nun notwendigen EU-weiten Ausschreibung wird wohl mit höheren - der aktuellen Marktlage entsprechenden - Preisen zu rechnen sein.

Außerdem ist mit nachhaltig höheren Kosten für die Qualitätssteigerungen im Kindergartenbereich zu rechnen. Hinzu kommen zusätzliche Kosten für den weiteren Ausbau der Ganztagesangebote an verschiedenen Schulen.

Unklar ist derzeit noch, wie sich die zum 01.01.2008 geplante Unternehmenssteuerreform auswirken wird.

Die Unternehmensteuerreform hat die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Europatauglichkeit, die weitestgehende Rechtsformneutralität, die Einschränkung der steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die Verbesserung der Planungssicherheit für die Unternehmen und öffentlichen Haushalte und die nachhaltige Sicherung der deutschen Steuerbasis zum Ziel.

Leider ist für die Städte und Gemeinde derzeit noch immer keine verlässliche Abschätzung der finanziellen Auswirkungen dieser Unternehmensteuerreform möglich, da die Auswirkungen vieler Reformbausteine weiterhin offen sind und bei einigen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung auch deren Wirksamkeit bezweifelt werden muss.

Sicher werden die Gewerbesteuereinnahmen brutto sinken, gleichzeitig soll jedoch auch der Hebesatz für die Gewerbesteuerumlage für das Jahr 2008 um rund 8 %Punkte gesenkt werden. Wie sich dies letztendlich auf die Netto-Gewerbesteuereinnahmen auswirken wird, ist zum derzeitigen Zeitpunkt seriös nicht abzuschätzen.

Im Übrigen lässt die anhaltend gute Konjunktur und die stabile Situation der Weltwirtschaft erwarten, dass die positive Einschätzung des Jahres 2007 auch für das kommende Haushaltsjahr gilt. Wenngleich im Jahr 2008 die negativen Auswirkungen der erheblichen Mehreinnahmen des Jahres 2006 im Finanzausgleich durch deutlich höhere Umlagezahlungen an das Land und den Kreis spürbar sein werden.